

PRESSEMITTEILUNG

Gender-Dyskalkulie

„Deutschland braucht ein ergänzendes Wahl- oder Gremiengesetz, dass für die Zukunft sicherstellt, dass Frauen entsprechend ihrem Anteil an den Wahlberechtigten in den Parlamenten geschlechtergerecht Platz nehmen können“, fordert die Frauenlobbyistin und Branchenbuchproduzentin Angelika Caspari.

Durch weit oben angesiedelte Bündnisse mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft ist Gender Mainstreaming inzwischen als Leitprinzip vereinbart worden, um mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen. Solche Vereinbarungen fehlen in der Politik und werden dringend benötigt, wie das laufende Politik-PISA beweist, das einmal mehr die ausgeprägte Rechenschwäche bei den Parteien zeigt, wenn es um gleichberechtigte Besetzung von Spitzenämtern geht. „Ob mehr Geschlechtergerechtigkeit für eine Teilhabe von Frauen an der politischen Macht erst in Berlin oder Brüssel juristisch erstritten werden muß, werden wir prüfen“, kündigt Caspari an, die viele Jahre im Vorstand des Unternehmerinnenverbandes Schöne Aussichten gearbeitet hat, „ebenso auch, wie weit eine entsprechende Initiative von den Verbänden ausgehen kann.“

Die Frauenquoten im Bundestag lassen zu wünschen übrig und in den Regierungen der 16 Bundesländer dürfen im Durchschnitt 2,5 Ministerinnen mitregieren. Daran hat sich auch in der 16. Wahlperiode nicht viel verändert. Wenn bei der Angleichung von Frauen- an Männereinkommen im Zeitraum der letzten 20 Jahren ein „Fortschritt“ von 3 Prozentpunkten erreicht wurde, was bei gleichbleibender Dynamik die Angleichung auf 99% für 2160 in Aussicht stellt, will Caspari bei der Frage einer geschlechtergerechten Beteiligung von Frauen am politischen Gestaltungsprozeß keine 155 Jahre mehr warten.

Die Realität ist auch so schon ernüchternd genug. Mit dem Ausscheiden von Christina Licci hat sich die Zahl der weiblichen Vorstände in den 197 deutschen Dax-notierten Unternehmen gleich auf einen Schlag halbiert, von 2 auf eins. Dieses Klonen der Wirtschaftsbosse soll zwar der marktwirtschaftlichen Rationalität geschuldet sein, mit welcher Geschwindigkeit jedoch in einer demokratischen Partei führende Frauen kaltgestellt werden, damit sich politische Männerriegen leichter klonen lassen, berührt die Grundprinzipien unserer Ordnung.

Am Scheitern von Deutschlands einziger Ministerpräsidentin und dem Rücktritt des SPD-Vorsitzenden ließen sich dann sicher auch interessante vergleichende Studien anstellen. Warum das Protegieren eines Nachwuchskandidaten durch einen Herrn Müntefering z.B. parteipolitische Weitsicht bedeutet, und das Protegieren einer Nachwuchskandidatin durch eine Frau Wieczorek-Zeul als Faux pas für das Räumen ihres Vorstandsposten reicht, gibt weniger ein Rätsel auf, als es die strukturell schwache Position von Frauen im politischen Tages-

geschäft zeigt - wenn's drauf ankommt; und das, obwohl sie mit 31,9 Mio. Wahlberechtigten gegenüber 29,3 Mio. wahlberechtigten Männern die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler stellen.

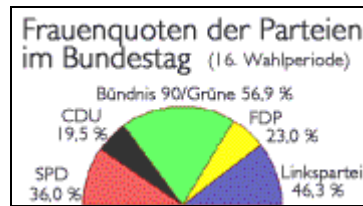
„Ganz und gar nicht akzeptabel“, kommentiert Angelika Caspari diesen Status quo und hält ihn auch für rechtlich bedenklich. „Die Bundesrepublik ist nach der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verpflichtet, die Gleichheit von Frauen und Männern in allen Bereichen sicherzustellen und auch unser Grundgesetz verpflichtet den Staat in Artikel 3 Absatz 2 auf gleichstellungspolitische Ziele, Abbau von Benachteiligungen und gleiche Teilhabe. Dies geschieht nach dem Wortlaut des Gesetzes nicht abstrakt, sondern zielt auf die ‚tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Männern und Frauen‘ und die Beseitigung bestehender Nachteile.“

Wenn eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am politischen Leben nicht hergestellt werden kann, erlaubt die Charta der EU den Vertragsstaaten zeitweilige Sondermaßnahmen zur beschleunigten Herbeiführung der De-facto und wesentlichen Gleichstellung von Mann und Frau. „Soweit müßte es ja nicht kommen“, meint Caspari, „die Grünen haben lange gezeigt, wie's geht und allen Parteien im Bundestag gelingt es, eine hohe Juristenquoten zu erreichen, warum also sollten sie das bei den Frauenquoten nicht schaffen?“ und ergänzt „erst wenn Frauen im Bundes- und den Länderparlamenten angemessen vertreten sind, werden sie auch ausreichend in politische Führungspositionen einziehen. Das ist nicht nur eine gleichstellungspolitische Zielsetzung sondern vor allem auch gesellschaftlicher Fortschritt.“ Daran gilt es jetzt verstärkt weiter zu arbeiten, wenn sich das bei den anstehenden Landtagswahlen auswirken soll.

Hamburg, im November 2005



Angelika Caspari bei ihrer Begrüßungsansprache auf dem Unternehmerinnentag in der Hamburger Handelskammer
(Foto: Regine Christiansen)



Die Parteien mit ihren Frauenquoten

Mehr Informationen
Angelika Caspari, Tel. 040 / 450 38 118 oder Handy 0178 - 367 94 41

**Pressemitteilung / Foto und Grafik können bei
netz nord.de heruntergeladen werden.**

Caspari & Partner
Tinsdaler Kirchenweg 241
22559 Hamburg
Tel. 040 / 450 38 118 Fax: -119
caspari@netz nord.de
www.netznord.de